Tages-Anzeiger · Mittwoch, 29. Januar 1997

Rentenreform sät Zwietracht

Vorschläge zur Sicherung des «Generationenvertrags» spalten die Bonner Koalition

Wie kann das deutsche Rentensystem langfristig gesichert werden? Diese Frage hat zwischen den Parteien, vor allem aber innerhalb der Bonner Regierungskoalition, neue Konflikte ausgelöst. Vorschläge, die eine von der Regierung eingesetzte Kommission unterbreitet hat, lehnt die FDP ab. Arbeitsminister Norbert Blüm (CDU) steht mit dem Rücken zur Wand.

■ VON EMANUEL LA ROCHE, BONN

Ähnlich wie die Schweizer AHV funktioniert auch die staatliche deutsche Rentenkasse nach dem Umlageverfahren: Was die arbeitende Generation einzahlt, kommt in Form von Renten der alten Generation zugute. Doch dieser «Generationenvertrag» ist in Gefahr: Wegen veränderter Demographie (immer weniger Junge) und zunehmender Arbeitslosigkeit (immer weniger Beitragszahler) sind die je hälftig von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu entrichtenden Rentenbeiträge auf über 20 Prozent gestiegen, Tendenz weiter steigend. Damit werden nicht nur die Lohnnebenkosten in die Höhe getrieben, sondern auch die Lasten der jungen Generation zugunsten der alten.

Dieser Einsicht hat sich endlich auch Arbeitsminister Blüm nicht länger entziehen können, der jahrelang mit dem Satz durch die Lande zog, «die Renten sind sicher». Sicher sind sie, so gestand er kürzlich eher kleinlaut ein, aber nur noch für die gegenwärtig 14,5 Millionen Rentenbezüger. Um den «Generationenvertrag» langfristig zu sichern, hat nun eine von ihm präsidierte Expertenkommission Vorschläge unterbreitet.

Danach soll das Rentenniveau von derzeit 70 Prozent des Nettolohns bis zum Jahr 2030 kontinuierlich auf 64 Prozent sinken. Das begründen die Experten mit der längeren Lebenszeit der Rentner, während die SPD vor neuer Altersarmut warnt. Gleichzeitig soll der Beitragssatz von heute 20,3 Prozent des Bruttolohns im Jahr 2000 auf 19,2 Prozent sinken, um hernach bis 2030 wieder langsam auf 23 Prozent zu steigen.

Diesem Konzept halten nun Kritiker aus FDP und CDU entgegen, es verschleiere bloss die demographische Problematik zu Lasten der jungen Generation. Ausserdem missachte es die ebenfalls grundsätzlich veränderte Arbeitswelt, weil es nach wie vor damit rechne, dass genügend Beschäftigte genügend Beiträge liefern werden. Sie verlangen, neben dem Umlage- stärker das Kapitaldeckungsverfahren zu fördern, nach dem z. B. in der Schweiz die 2. Säule funktioniert. Ausdrücklich redet etwa der junge FDP-Generalsekretär Guido Westerwelle von einem «Drei-Säulen-Modell» und setzt dabei auf die Jungen in der CDU.

Überlastete Rentenkasse

Zu diesem prinzipiellen Dissens kommt ein zweiter hinzu: Um den Bundeshaushalt und damit die Steuerzahler zu schonen, sind der Rentenkasse sogenannte versicherungsfremde Leistungen aufgebürdet worden. Das betrifft u. a. Kriegsfolgelasten, Fremdrenten, Anpassung ostdeutscher Renten, Erziehungsgeld, Kindererziehungsleistungen. Trotz eines Bundeszuschusses von 60 Milliarden Mark bleibt der Rentenkasse ein Rest von gut 30 Milliarden, den allein ihre Beitragszahler tragen. Zwei Millionen Beamte und alle Freiberufler zahlen dagegen keinen Pfennig; eigentlich ein Skandal.

Deshalb will nun die Kommission eine Familienkasse einrichten, welche namentlich für familienbezogene Rentenleistungen aufkommen müsste. Damit würden die versicherungsfremden Lasten gemindert. Der springende Punkt: Diese Kasse soll aus Steuern alimentiert werden, weil es sich dabei um eine nationale Aufgabe handle, an der sich alle Beschäftigten beteiligen müssten. Dabei schielt die Kommission deutlich auf eine Erhöhung der Mehrwert- oder einer anderen Konsumsteuer.

Dem stimmt zwar die Opposition grundsätzlich zu, weil so auch viele Besserverdienende zum Handkuss kämen, die Lohnnebenkosten rasch gesenkt würden, was den Arbeitsplätzen zugute käme. Aber das kann Blüm nicht trösten, denn innerhalb des eigenen Lagers stösst er auf heftigen Widerspruch. Nichts da! rufen FDP und Teile der CDU/CSU, welche die Mehrwertsteuer höchstens als Reservoir für die Finanzierung ihrer Steuerreform betrachten.

Eine verzwickte Lage. Und politisch eine höchst explosive dazu. Blüm machte nämlich unmissverständlich klar, dass er mit der Rentenreform seine politische Zukunft verknüpft. «Ich bin kein Hampelmann», sagte der Mann, der seit 1982 freilich alle Sozialkürzungen brav mitgemacht hat. So lange sitzt er schon in Helmut Kohls diversen Kabinetten; der einzige Minister, der von Anfang an ausgehalten hat. Jetzt steht er mit dem Rücken zur Wand. Scheitert seine Reform schon in den eigenen Reihen, wäre das wohl wirklich das Ende des Stehaufmännchens Blüm. Mehr noch: Es wäre ein schwerer Schlag für den Kanzler. Blüm oder die Koalition? könnte die Frage heissen.